

1091 C

An
den Vorsitzenden des Hauptausschusses
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin
über
Senatskanzlei – G Sen –

Unterrichtung des Hauptausschusses

Rote Nummern: 1091 B

Vorgang: 77. Sitzung des Hauptausschusses vom 04.06.2025

Der Hauptausschuss hat in seiner oben bezeichneten Sitzung den Bericht „Weitere Umsetzung der Implementierung von automatisierten Entscheidungssystemen (ADM)“ RN 1091 B zur Kenntnis genommen und um einen Folgebericht bis zum 31.12.2025 gebeten.

Ich bitte, den Beschluss mit nachfolgender Darstellung als erledigt anzusehen.

Hierzu wird berichtet:

Nach Kenntnisstand der SenASGIVA gibt es keine zentrale Zuständigkeit für die Implementierung von automatisierten Entscheidungssystemen (ADM). Diese obliegt, wie alle weiteren IKT-Fachverfahren, den einzelnen Verwaltungseinheiten, die planen solche ADM-Systeme einzusetzen.

Der vorliegende Bericht bezieht sich auf das Handlungsfeld Antidiskriminierung und Vielfalt. Im Konkreten geht es um den aktuellen Stand der im BA 1091 B aufgeführten Punkte 3 und 4. Seitens SenASGIVA wurden seit dem 20.05.2025 folgende Schritte umgesetzt:

1. Der partizipative Prozess zur Erarbeitung von Grundsätzen (d.h. Handlungsempfehlungen und Arbeitsmaterialien) zum diversitygerechten und diskriminierungssensiblen Einsatz von algorithmischen Entscheidungssystemen und Systemen Künstlicher Intelligenz in der Berliner Verwaltung wurde fortgeführt. Hierbei wurden sowohl die

relevanten Stakeholder im Land Berlin inner- und außerhalb der Verwaltung als auch einzelne Mitglieder der KI Task Force und die SKzl eingebunden. Nach aktuellem Stand wird das Ziel, diese Grundsätze bis Ende 2025 fertigzustellen, erreicht werden können.

2. Die Workshops zur Erarbeitung der Berliner Grundsätze wurden als Unterarbeitsgruppe (UAG) der KI Task Force in deren Arbeit verankert. Am 03.06.2025 und am 02.12.2025 fanden bzw. finden die Workshops bzw. UAGs statt und in den Treffen der KI Task Force wird über den Stand des Prozesses berichtet.

Es soll geprüft werden, inwiefern die bis Ende 2025 entwickelten Handlungsempfehlungen und Arbeitsmaterialien der Berliner Grundsätze ab 2026 in landesweite, strategische und operative Ziele der IKT/KI-Steuerung (KI-Governance) oder entsprechende landesweite Beratungs- und Weiterbildungsangebote einfließen können.

Cansel Kiziltepe

Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung